

Kurzmeldungen

Die Hafenbehörde Bangkok hat eine **Finanzhilfe** der deutschen Regierung **abgelehnt**, die nur unter der Voraussetzung gewährt worden wäre, daß die technische Ausrüstung zum Ausbaggern des Hafenbeckens aus Deutschland bezogen würde. (BP 3.5.94)

Nach einer Untersuchung der Mahidol-Universität, die auf der Tagung "Kinderprostitution: Ein Problem der Thai Gesellschaft" vorgetragen wurde, geraten immer **mehr Straßenjungen** in die **Prostitution**. (BP 29.4.94)

Der De-facto-Führer der Palang Dhamma Partei (PDP), **Chamlong Srimuang**, war von einem der Vize-Premiers aufgefordert worden, dem Kabinett als **Verkehrsminister** beizutreten. Chamlong stellte dafür drei Forderungen, um seine Vorstellungen für eine Verkehrspolitik in Bangkok durchsetzen zu können. Diese wurden allerdings vom Premier Chuan Leekpai Ende April abgelehnt. (BP 17., 26., 27.4.94)

Thailand hat **Burma** zum **Außenministertreffen der ASEAN-Staaten** im Juli in Bangkok **eingeladen**, bestätigte ein Sprecher des Außenministeriums am 25.4. Thailand hatte im März die Einladung vorgeschlagen und war damit auf keine Widerstände unter den anderen ASEAN-Regierungen gestoßen. (BP 26.4.94)

Angestellte der Wasserwerke Bangkoks beschuldigen die Bauherren des Rajapruek-**Golfclubs**, sich aus einer Hauptwasserleitung zu bedienen, die quer durch das Baugelände verläuft. (BP 2.5.94)

Nach Angaben der Anti-Drogen-Behörde sollen derzeit insgesamt über **2.300 Ausländer**, darunter auch **36 Deutsche**, in **thailändischen Gefängnissen** sitzen, davon etwa zwei Drittel wegen Drogenmißbrauchs. (BP 8.4.94)

Verfassungsänderung

Die erste Lesung im Parlament zur Verfassungsänderung endete mit einem Fiasko für die Regierung. Opposition und Senat hatten sich kurz zuvor darauf geeinigt, die Regierungsvorschläge abzulehnen. Zu Beginn der Debatte beantragte die Opposition die vorgezogene Behandlung einer am Vortag eingebrachten Vorlage, was vom Parlamentspräsident gewährt wurde. Die Vorlage der Opposition beinhaltete einen Verfassungsentwurf, der identisch mit dem Vorschlag der Putschgeneräle von 1992 war. Der Senat unterstützt diesen Entwurf, da er seine suspendierten Rechte zurückerhielt.

Die Regierung hat nun eine Galgenfrist bis zum Ende der zweiten Lesung im Parlament. Allerdings ist unwahrscheinlich, daß die Regierung ihren gemeinsam mit der Opposition ausgearbeiteten Verfassungsentwurf durchbringen wird. Eine Abstimmungsniederlage würde Premierminister Chuan Leekpai praktisch zum Rücktritt zwingen und Neuwahlen erforderlich machen.

Die Debatte wurde durch einen Hungerstreik des ehemaligen Parlamentsabgeordneten Charlard Vorachat weiter zugespitzt, der seinerzeit zusammen mit Chamlong gegen die Suchinda-Regierung in Hungerstreik getreten war. Er verlangt von der Regierung einen völlig neuen Verfassungsentwurf, nach dem Bürgermeister, Provinzgouverneure und die Minister der Regierung direkt gewählt würden. Chuan hat dies abgelehnt. Charlard führte bis Redaktionsschluß seinen Hungerstreik fort.

vgl. BP 8., 16., 17., 21., 29., 30.4., 2.6.94

Ex-Polizei-Chef wegen Diebstahls angeklagt

Ex-Polizeigeneral Chalor Kerthes steht zur Zeit vor Gericht, da er Wertstücke aus dem gestohlenen Schatz des saudischen Prinzen an sich genommen und dem Prinzen dafür unechten Schmuck "zurückgegeben" haben soll. Sein damaliger Chef, Sawasdi Amornvivat und 5 weitere Polizisten stehen wegen Amtsmißbrauchs unter Anklage, da sie die Ermittlungen in der Sache unterbunden bzw. verschleppt haben sollen.

vgl. BP 27.4.94

Neuer Mindestlohn festgelegt

Am 14. März legte das "Lohn-Komitee" nach siebenstündiger Sitzung den Mindestlohn für Arbeiter in Bangkok und anderen Hauptindustriegebieten auf 132 Baht (ca. DM 9,00) pro Tag fest. Das sind 7 Baht oder 5,6% mehr als bisher. Von Arbeitervetrettern wurde eine Erhöhung um 10 Baht gefordert, während die Arbeitgebervertreter lediglich eine Erhöhung von 3 Baht vorschlugen.

Der stellvertretende Staatssekretär im Arbeitsministerium, Prasong Rananant, erläuterte, daß die Festlegung auf 7 Baht von einer 4 prozentigen Inflationsrate für 1994 ausgeht. "Die Erhöhung des Mindestlohnes darf nicht niedriger ausfallen als die Inflationsrate," sagte er.

vgl. TN 15.3.94

Heroin unter Südthailands Fischern

Südthailands Anti-Drogen-Center hat Ende Mai einen Bericht veröffentlicht, nach dem in den 5 südlichsten Provinzen in über 90% der Dörfer Heroinabhängige lebten. Der Heroin-Mißbrauch sei besonders stark unter Moslems, denen Alkohol als erlaubte Droge verwehrt sei, und unter Schiffsbesatzungen der Fischereiflotte verbreitet. Die Droge komme auf verschiedenen Wegen aus dem Norden nach Südthailand. Der Handel setze pro Jahr über 1 Milliarde Baht (70 Mio. DM) um.

vgl. BP 22.5.94

Aufsicht über internationale NROs

Thailands Nationaler Sicherheitsrat (NSC) hat am 23. Mai gegenüber Vertretern von 28 NROs mit Hauptsitz im Ausland bzw. Finanzierung überwiegend aus ausländischen Quellen auf verschärfte Rechenschaftspflicht hingewiesen. NROs dieser Kategorie müssen einen monatlichen Bericht ihrer Aktivitäten dem Innenministerium vorlegen. Diese neuen Vorschriften zielen hauptsächlich auf Flüchtlings-Hilfsorganisationen.

vgl. BP 24.5.94

Vier russische Frauen verhaftet

Am 3. März verhaftete die Polizei in Bangkok 4 junge Russinnen im Alter von 19 bis 25 Jahren wegen des Verdachtes, der Prostitution nachzugehen. Polizisten in Zivil hatten die Frauen vor ihren Luxusapartements aufgesucht und für jede 6000 Baht (ca. DM 400) gezahlt. Anstatt anschließend in ein Motel mit ihnen zu fahren, wurden die Frauen direkt zur Ding Daeng Polizeiwache gebracht.

Sie haben mit einer sehr geringen Geldstrafe von maximal 1000 Baht zu rechnen. Nach dem thailändischen Strafrecht gilt für Ausländerinnen ein anderes Strafmaß als für Thailänderinnen. Letztere müssen mit einem Jahr Rehabilitationshaft und weiteren zusätzlichen Strafen rechnen.

Die Russinnen sind die ersten europäischen Frauen, die wegen Prostitution angeklagt worden sind. Die Behörden gehen davon aus, daß zur Zeit etwa 1000 russische Prostituierte in Thailand arbeiten. Vor über einem Jahr wurden sie erstmalig von thailändischen Mittelsmännern in Russland angeworben und in vornehmen "Salons" wohlhabenden Thais als "weißer Sex" für 7500 Baht angeboten. Die Frauen erhielten davon 1000 Baht, die Vermittler ebenfalls.

Inzwischen arbeiten viele Frauen selbständig auf eigene Rechnung. Sie mieten mit mehreren ein Luxusapartment und veranstalten mit Hilfe alter Kunden "Kennenlern"-Treffen. Für 6000 Baht gehen sie dann mit den Kunden für 3 Stunden in ein Hotel. Auf diese Weise können die Frauen während eines zwei-monatigen Aufenthaltes bis zu 300.000 Baht (ca. DM 20.000) verdienen.

Die Regierung sieht kaum Möglichkeiten, dieses zu unterbinden, denn alle Frauen reisen legal als Touristinnen ein. Eine strengere Kontrolle von einreisenden ausländischen Frauen würde, nach Angabe des Sprechers der Einwanderungsbehörde, mit Sicherheit das Tourismusgeschäft empfindlich beeinträchtigen.

vgl. TN 21.2., 4., 5.3.94